Nr. 57

DAS ROTE TUCH

18. Oktober 2013
Preis: 0,50 €

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

CDU-SPD:

Große Verhandlungen, damit am Ende alles… beim Alten bleibt



Alles deutet also darauf hin, dass die nächste Regierung eine Große Koalition aus CDU und SPD wird.
Die CDU hat kaum eine andere Wahl. Sie ist nämlich längst nicht der große Sieger, als der sie sich gerne darstellt. Über eine Million Stimmen hat ihre bisherige CDU-FDP-Regierung verloren. Von einer „großen Unterstützung" für die Politik der letzten Regierung kann keine Rede sein. Stattdessen ist Merkel gezwungen, die SPD als neuen Koalitionspartner zu gewinnen, um überhaupt weiterregieren zu können. Die Grünen haben ihr ja schon abgesagt.

Die SPD hingegen ist auf die CDU eigentlich nicht angewiesen. Sie hätte genug Stimmen, um mit den Grünen und der Linken zusammen zu regieren. Dann stünde ihr auch kein Hindernis im Weg, um die sozialen Wahlversprechen umzusetzen, die ihr angeblich so wichtig sind: Mindestlohn, höhere Steuern für die Reichsten, eine gesetzliche Krankenversicherung für alle, in die auch die Reichen einzahlen müssen…

Doch die SPD will lieber der kleine Partner einer Großen Koalition mit der CDU werden, obwohl sie damit weniger Einfluss und Regierungsposten bekommt, und obwohl sich dadurch ihre Chancen bei den nächsten Wahlen nicht gerade verbessern werden.
Das spricht Bände. Es zeigt ehrlicher als ihre ganze derzeitige Show in den Koalitionsverhandlungen, wo es lang gehen wird: Um ihr Gesicht zu wahren und ihre Regierungsbeteiligung zu rechtfertigen, wird die SPD zwar irgendeinen Mindestlohn als ihren „sozialen" Erfolg durchsetzen – als wenn man einen Armutslohn von 8,50 Euro, bei dem die meisten noch immer auf HartzIV-Niveau leben müssen, als sozialen Erfolg bezeichnen könnte!

An keinem anderen ihrer Wahlversprechen für die einfache Bevölkerung aber wird die SPD festhalten: Mit der Ausrede, mehr wäre einfach nicht möglich gewesen, weil so viele die CDU gewählt hätten und diese deshalb so stark sei.

Im Grunde also wird eine CDU-SPD-Regierung genauso weitermachen wie die alte von CDU und FDP. Sie wird weiter mickrige Löhne und Renten ermöglichen. Sie wird zuschauen und mithelfen, wenn die Betriebe entlassen, unsichere Jobs und Minijobs einführen und die Ausbeutung erhöhen. Sie wird weiter in den öffentlichen und sozialen Diensten sparen. Sie wird weiter zusehen und dazu beitragen, dass Arbeitende, Rentner, Kinder verarmen.

Wir Arbeitenden haben von der neuen Regierung Nichts zu erwarten – und eigentlich war den meisten das schon vor der Wahl klar. Wir werden uns darauf einstellen müssen, selber wieder zu kämpfen, um unsere lebenswichtigen Interessen zu verteidigen.



Sparen, sparen, sparen… für RWE und Evonik

Keine 10 Tage nach der Bundestagswahl hat die Stadt Essen eine Haushaltssperre verhängt, weil die Stadt 34 Millionen Euro weniger Gewerbesteuern von den großen Firmen eingenommen hat als geplant, außerdem noch 19 Millionen weniger Dividende von RWE. Und nun soll deshalb erneut gespart werden.
Als bekannter Rammbock hat Stadtkämmerer Lars Martin Klieve schon ein paar Ideen ins Spiel gebracht: 19 Millionen solle man bei der EVAG sparen und das heißt ganze Linien streichen oder privatisieren, bei der Müllabfuhr solle man Personal abbauen und überhaupt, „jede zweite Grundschule reicht auch". Selbst wenn letztlich nur ein kleiner Teil von seinen „Vorschlägen" umgesetzt wird, wäre das schon krass genug.

Noch vor einem Jahr hatte die Stadtspitze stolz verkündet: Dank der letzten massiven Sparpläne, durch die jeder zweite Arbeitsplatz nicht mehr wiederbesetzt wird, wäre die Stadt Essen endlich auf dem Weg raus aus der Überschuldung. Doch schon reißen die reichen Unternehmen das nächste Loch in die Kasse, weil sie noch weniger Steuern zahlen. Und wieder sollen dafür die Beschäftigten der Stadt den Kopf hinhalten und mit ihnen alle, die auf die öffentliche Versorgung angewiesen sind?
Wenn wir sie in dieser Logik weitermachen lassen, ist der öffentliche Dienst der Stadt irgendwann eine zerstörte Ruine… aus der allerdings blitzend und blinkend die Konzernzentralen von RWE, Evonik und ThyssenKrupp herausragen.

Flüchtlingsdrama in Lampedusa:

Die kriminelle Politik der europäischen Regierungen

Das fürchterliche Schicksal der über 300 Flüchtlinge, die am 3. Oktober vor der italienischen Insel Lampedusa ertrunken sind, erinnert daran, welches mörderische Drama sich seit mehreren Jahren an der Grenze Europas abspielt. Das Mittelmeer, das jahrhundertelang die Menschen vereint hat, trennt sie jetzt wie eine gewaltige Mauer. Der kleine Streifen Wasser zwischen der tunesischen und der europäischen Küste ist zu einem Massengrab geworden.

Verantwortlich für diesen regelrechten Massenmord ist die Politik der europäischen Regierungen. Sie haben über Jahre alle legalen Wege, nach Europa zu kommen, geschlossen. Sie haben die Außengrenzen Europas in eine Festung verwandelt, so dass den Flüchtlingen keine andere Wahl bleibt, als sich in die Arme geldgieriger Schleuser, auf lebensgefährliche Wege in Containern ohne Sauerstoff oder kleinen Booten über das Mittelmeer zu begeben.

Sogar diesen Flüchtlingen dann zu helfen, haben die europäischen Regierungen unter Strafe gestellt: Mehr als einmal wurden bereits italienische Fischer vor Gericht gestellt, weil sie Bootsflüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet haben.

Die Flüchtlinge, die es trotz allem bis Lampedusa schaffen, werden sofort in Lager gesteckt. Und zwar in Lager mit unbeschreiblichen Zuständen, die vor allem vollkommen überfüllt sind, weil die europäische Grenzpolitik die kleine italienische Insel zum Tor Europas gemacht hat. Ein Tor, durch das die Flüchtlinge hindurch müssen, über das sie allerdings fast nie hinaus kommen. Denn die meisten von ihnen werden von Italien direkt wieder in ihre „Heimat", nach Syrien, Libyen, Afghanistan, Eritrea oder in den Kongo zurückgeschickt.

Auch die wenigen, die bleiben dürfen, kommen über Italien nicht hinaus. Denn die sogenannte Drittstaatenregelung der EU legt fest, dass die Flüchtlinge im ersten EU-Land, das sie betreten, Asyl beantragen müssen. Vor allem Deutschland ohne EU-Außengrenzen profitiert von dieser Regelung. Hier kommen damit nämlich so gut wie keine Flüchtlinge an. So kann sich das reiche Deutschland seine Einwanderer selber aussuchen. Kein Wunder, dass CSU-Innenminister Friedrich sofort betonte, er sehe keinen Grund, an dieser europäischen Flüchtlingspolitik irgendetwas zu ändern.



„Militärgebiet. Zutritt Verboten":
In diese überfüllten Lager, unter freiem Himmel, werden die Überlebenden des Schiffsunglücks eingesperrt.

Die einzige „europäische Solidarität", die die deutsche Regierung bereit war zu verstärken, ist die Unterstützung… beim Vertreiben der Flüchtlinge.

Ja, keine Woche, nachdem der Tod der über 300 Flüchtlinge die ganze sinnlose Grausamkeit ihrer Festungs-Grenzen um Europa offenlegte, beschloss das Europa-Parlament, eben diese Grenz-Überwachung noch zu verstärken.
Italien verdreifacht sein Militär. Und für mehrere hundert Millionen Euro wird die EU Satelliten und Drohnen einsetzen, die quasi jeden Zentimeter des Gewässers überwachen. Damit die Flüchtlinge gar nicht erst in die Nähe der europäischen Grenze gelangen. Damit sie gleich auf hoher See sterben, wo niemand sie bemerkt.

Nichts davon aber wird die Verzweifelten, die vor Krieg und Verfolgung, vor Hunger, Elend und Hoffnungslosigkeit fliehen, davon abhalten, die Flucht nach Europa zu versuchen. Auch wenn die Hoffnung auf Erfolg noch so klein ist – es ist ihre einzige Hoffnung.

Die imperialistischen Länder Westeuropas tragen für diese Lage in den ärmeren Ländern einen bedeutenden Teil der Verantwortung. Sie haben ihren Reichtum und ihre Macht auf der (kolonialen) Ausbeutung Afrikas und Asiens aufgebaut. Bis heute plündern ihre Konzerne dort die Rohstoffe, den fruchtbaren Boden und die Arbeitskräfte aus.

Und auch mit ihrer Unterstützung von Diktatoren oder bewaffneten Rebellen, mit ihren direkten Militäreinsätzen wie in Afghanistan und mit ihrem massenhaften Verkauf von Waffen tragen Deutschland und die anderen Großmächte dazu bei, hunderttausende Männer, Frauen und Kinder in Flüchtlinge zu verwandeln.

Das Mindeste wäre, dass die großen EU-Staaten einen kleinen Teil ihres riesigen Reichtums einsetzen, damit diese Menschen – nachdem sie den Kugeln in Syrien oder dem Hungertod in Eritrea entkommen sind – nicht bei ihren verzweifelten Fluchtversuchen kurz vor Europa den Tod finden müssen.

Einzelhandel:

Wir machen weiter die Kasse… zu!

Seit mehreren Monaten schon gehen Arbeitende der großen Einzelhandelsketten Kaufhof, Ikea oder Real immer wieder mit Warnstreiks und Demonstrationen auf die Straße. Es geht um mehr Lohn für alle und darum, dass ihre Bosse neue Tarifverträge mit noch flexibleren Arbeitszeiten und, je nach Beruf, dauerhaft bis zu 4000 Euro weniger Lohn im Jahr durchsetzen wollen.

Bislang sind die Arbeitenden, die sich wehren, eine Minderheit, verstreut über die vielen Geschäfte, bei vielen 400-Euro-Kräften… Doch sie geben nicht auf. Sie sagen: Unsere Bosse können die Preise erhöhen, unsere Bosse können ihre Profite erhöhen, dann können sie es auch mit unseren Löhnen!

Die Kapitalisten wollen uns ihre Konkurrenz einreden – wir Arbeitenden aber brauchen Zusammenhalt!

Eine wahre Serie an Werksschließungen, Entlassungen und Lohnkürzungen trifft derzeit die Arbeitenden in vielen Betrieben.
Allein Siemens will 15.000 Arbeitsplätzen vernichten. Bei den Stahlkonzernen Salzgitter und Outokumpu sind es zusammen 2000 Arbeitsplätze, bei den Chemiekonzernen Bayer, Lanxess und Evonik 3000, bei den Energiekonzernen noch mal 3000 – zusätzlich zu den 24.000 Stellenstreichungen, die RWE und E.ON bereits angekündigt hatten. Und die Liste geht weiter.
Hinzu kommen Nullrunden in einer Reihe Betriebe und sogar Lohnsenkungen, wie bei Vodafone, die das bereits magere Einstiegsgehalt in der Service-Branche um 650 Euro im Monat kürzen!

Die einen Konzerne führen die „teure Energiewende" als Grund an, die anderen weniger Aufträge wegen der derzeitigen wirtschaftlichen Flaute. Und alle behaupten: Die harten Opfer der Arbeitenden wären unverzichtbar, damit das Unternehmen „konkurrenzfähig" bleiben könnte.
Es ist dasselbe, was wir schon seit Jahren zu hören bekommen. Und mit welchem Ergebnis? Kaum haben wir Opfer gebracht, damit „unser" Betrieb billiger sein kann als die Konkurrenz, schon verlangen sie von den Arbeitenden dort neue Opfer, und dann wieder von uns... Es ist eine Spirale ohne Ende.

Sie stellen uns in Konkurrenz zu Arbeitenden anderer Firmen, zu Arbeitenden derselben Firma in den USA oder Rumänien, oder gar zu Arbeitenden derselben Firma einfach nur in einer anderen Stadt… und am Ende verlieren ALLE Arbeitenden. Am Ende müssen alle Arbeiter immer härter malochen, werden immer schlechter bezahlt und immer mehr ausgebeutet.

Die einzigen, die bei dieser Konkurrenz gewinnen, sind die Konzerne, die uns mehr ausbeuten und immer größere Milliardenprofite anhäufen können.
Überhaupt waren ihre Besitzer noch nie so reich wie heute. Allein die 500 reichsten Kapitalisten in Deutschland sitzen auf 528 Milliarden Euro und haben ihr Vermögen im letzten Jahr noch einmal um 28 Milliarden Euro gesteigert. Das ist das Brutto-Jahresgehalt von 800.000 Arbeitsplätzen!

Diese Parasiten werden immer reicher, indem sie uns Arbeitende auspressen, sich die kompletten Gewinne der Betriebe unter den Nagel reißen und die öffentlichen Kassen plündern, nicht zuletzt, indem sie den Staaten Geld leihen und dafür saftige Zinsen kassieren.
Und wenn dann eine wirtschaftliche Flaute entsteht, weil hier und erst recht in Ländern wie Griechenland oder Spanien keiner mehr Geld hat, um groß etwas zu kaufen – dann sollen wieder wir Arbeitende diese wirtschaftliche Flaute ausbaden?!?

Ja, das ist das ganze Programm der Kapitalisten: Mit allen Mitteln dafür sorgen, dass sie stets die Gewinner sind, dass sie stets ihre Reichtümer vergrößern, egal was sie mit ihrer Wirtschaft anrichten.
Und dafür wollen sie uns Arbeitenden einreden, dass auch unser Wohl von der Stärke, der Konkurrenzfähigkeit und dem Profit „unserer" Betriebe abhängt, dass wir dieselben Interessen und Werte verteidigen müssen wie sie.

Doch im Gegenteil, was wir unbedingt brauchen, ist ein eigenes Programm, mit dem wir Arbeitenden gemeinsam, über die Betriebe und Länder hinweg, UNSERE (und nicht ihre) Interessen verteidigen können.

Stoag: Schluss mit den Spar-Dienstplänen!

Mit viel Wut im Bauch haben rund 100 Bus- und Bahnfahrer und Familienangehörige am 8. Oktober vor dem Betriebshof der Oberhausener Verkehrsbetriebe (Stoag) gegen die neuen Arbeitszeiten protestiert.



Seit Juni müssen sie länger und bis zu 8 Tage mehr im Jahr arbeiten, mit Schichten von bis zu 9,5 Stunden, vielen plötzlichen Schichtwechseln von Spät- zu Frühschicht und weniger Pausen. Auch die festen freien Tage wurden abgeschafft. Frei haben die Fahrer nun „nach Bedarf"… der Stoag.

Diese massive Verschlechterung ihrer Arbeitszeiten, die ihre Gesundheit ebenso angreift wie das Familienleben, ist die direkte Folge der Sparpläne der Stadt Oberhausen. 3,5 Millionen Euro will diese nämlich bei Bus und Bahn einsparen: durch weniger Busse und Bahnen, längere Wartezeiten der Fahrgäste und eben nicht zuletzt durch Einsparungen von Fahrern.
Doch für viele Fahrer ist mit diesem x-ten Sparplan auf ihrem Rücken das Maß langsam voll. Und sie sind entschlossen, nicht locker zu lassen, bis diese unmöglichen Arbeitszeiten wieder verschwinden.

USA: Ein System der unbegrenzten Unverantwortlichkeit

Wenige Stunden vor Erreichen des schicksalshaften Schuldenlimits haben die Anführer der Republikaner zugestimmt, die Schuldengrenze der USA anzuheben.
Bis zur nächsten Krise kann sich der amerikanische Staat nun also wieder astronomische Summen auf den Finanzmärkten leihen, um sie an Bankiers und Industrielle zu verteilen.

Mehr als zwei Wochen lang hatte das Kräftemessen zwischen Demokraten und Republikanern den öffentlichen Dienst des US-Staates zum Erliegen gebracht und die öffentlich Beschäftigten ohne Lohn dastehen lassen. Es drohte ernsthaft ein Staatsbankrott, der seinerseits den Zusammenbruch des weltweiten Finanzsystems nach sich gezogen hätte.



Zwischen den Kapitalisten, die die Welt für ein Spielcasino halten und den großen Parteien, die deren Geschäfte an der Spitze des Staates führen, kann man kaum entscheiden, wer von beiden der Unverantwortlichste ist!

BMW: Die Firma dankt

Am 9. Oktober spenden die drei Großaktionäre von BMW (Mutter, Sohn und Tochter der Familie Quandt) der CDU schlappe 690.000 Euro. Am 14. Oktober sorgt der CDU-Umweltminister Altmaier dafür, dass die geplante europaweite Höchstgrenze für den klimaschädlichen CO_2-Ausstoß von Neuwagen nicht verabschiedet wird. Vor allem die deutschen Luxuskarossen halten diese Höchstgrenze bislang nicht ein.
Ein zeitlicher Zufall? Vielleicht. Die CDU jedenfalls beteuert, das sei ganz normal und nicht das erste Mal, dass die BMW-Großaktionäre Gelder für sie locker machen. Ach so, das passiert regelmäßig? Dann ist es natürlich etwas ganz anderes.
Jedenfalls führt es vor Augen, wie eng die großen Konzerne und die Regierungsparteien zusammenhängen, und wie gut die Kapitalisten dabei bedient werden.

Ein „finnischer“ und ein sehr deutscher Kapitalismus

Nachdem der finnische Stahlkonzern Outokumpu angekündigt hat, sein Werk in Bochum zu schließen und weitere hunderte Arbeiter in den deutschen Nirosta-Werken zu entlassen, hörte man die Politiker sofort über den bösen finnischen Kapitalismus schimpfen: Der würde sich – anders als in Deutschland üblich – nicht an seine soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten halten.

Nur haben sie dabei „vergessen“ zu erwähnen, dass es der sehr deutsche Thyssen-Krupp-Konzern war, der die Nirosta-Werke erst im letzten Jahr für satte 2,7 Milliarden Euro an Outokumpu verkauft hat. ThyssenKrupp hat dasselbe Spiel gemacht wie Siemens mit BenQ: die Werke verkaufen, noch dafür kassieren und das Schließen und Entlassen dann den ausländischen Firmen überlassen. Das ist die „soziale Verantwortung“ der deutschen Kapitalisten.

Wieder billiges Geld für die Banken und ihre Spekulationsblasen

Erneut hat die Europäische Zentralbank Anfang Oktober beschlossen, den Leitzins bei 0,5% zu belassen. Das heißt: Weiterhin können sich die europäischen Banken quasi umsonst bei der Europäischen Zentralbank Geld leihen. Und die US-amerikanische Zentralbank macht dasselbe für ihre Banken.

Fast das gesamte Geld, das die Banken auf diese Weise schon bekommen haben, haben sie in die Spekulation gesteckt. Damit haben die Banken riesige neue Spekulationsblasen geschaffen, die – wenn sie platzen sollten – zu einer neuen Krise der Börse, der Banken und der Wirtschaft führen könnten, ähnlich wie 2008. Doch bis dahin haben sich die spekulierenden Reichen gut die Taschen gefüllt.

Kein Wunder also, dass es sofort zu heftigen Reaktionen an der Börse kam, als die Zentralbanken auch nur laut überlegten, den Banken bald kein so billiges Geld mehr zu geben. Und so haben die Zentralbanken schnell einen Rückzieher gemacht: Das Geld geht weiter an die Banken, die Spekulationsblasen wachsen weiter… Doch was interessiert diese parasitäre Klasse die Krise von morgen, solange sie heute die Profite machen? Frei nach dem Motto: Nach mir die Sintflut – baden gehen tun andere.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org